

SP kritisiert Mehrwertsteuererhöhung für AHV21

An ihrer Sektionsversammlung im Altendörfler Schwanen setzten sich die Mitglieder der SP Lachen-Altendorf vertieft mit der kommenden Abstimmung über die Alters- und Hinterbliebenenversicherung auseinander. Die SP kritisiert, dass die AHV durch eine Mehrwertsteuererhöhung, die auf die Preise von Alltagsgütern schlägt, finanziert werden soll. Ebenfalls negativ beurteilt sie, dass die Frauen die Hauptlast der Sanierung durch die geplante Rentenaltererhöhung tragen sollen, ohne dass ihr Problem der zu tiefen Frauenrenten gelöst wird.

Engagiert und auch emotional diskutierten die Mitglieder der SP Lachen-Altendorf untereinander und mit der Referentin. Nina Hüsser, Kampagnenleiterin der SP Schweiz, lieferte mit ihrem kompetenten Vortrag den Diskussionsstoff. Schweizerinnen und Schweizer stimmen am 25. September über die Reform der AHV ab, weil Gewerkschaften und SP das Referendum gegen die Vorlage ergriffen haben. Die Anwesenden nahmen teilweise überrascht und empört die Information zur Kenntnis, dass ein Teil des Betrages für die zukünftige Finanzierung der AHV mit einer erneuten Erhöhung der Mehrwertsteuern gedeckt werden soll. Um 0.4% würden dementsprechend die Preise zusätzlich steigen. Die Runde war sich einig, dass eine zusätzliche allgemeine Preiserhöhung in der aktuellen wirtschaftlichen, inflationären Lage denkbar ungünstig wäre. «Es wäre viel gescheiter, die AHV mit den Milliardengewinnen der Nationalbank zu finanzieren», meinte SP-Kantonalpräsidentin Karin Schwiter. Eine entsprechende Volksinitiative ist bereits lanciert. Hinzu kommt, dass eine Studie des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds ergeben hat, dass der Bund die finanziellen Prognosen der AHV zu pessimistisch dargestellt hat.

Frauen wehren sich gegen die Reform

Kantonsrätin Elsbeth Anderegg Marty wies auf die bedenkliche Situation der Frauen hin: «Die Hälfte aller Frauen, die 2019 in Rente gingen, muss mit weniger als 1'770 Franken AHV-Rente pro Monat auskommen – da können sie sich grad direkt beim Sozialamt anmelden! Hinzu kommt, dass fast ein Drittel der Frauen, die heute pensioniert werden, keine Rente aus der 2. Säule hat. Und sofern eine Pensionskassenrente vorhanden ist, ist diese im Mittel nur halb so hoch wie jene der Männer. In typischen Frauenbranchen sind Pensionskassenrenten zwischen 500 und 800 Franken pro Monat üblich.» Trotz dieser Ausgangslage sollen die Frauen mit der geplanten Frauenrentenalter-Erhöhung eine weitere Rentenkürzung schultern, ohne dass gleichzeitig ihr Problem der zu tiefen Renten gelöst wird. Mehrere Gründe also, um der AHV21 an der Urne im September eine kräftige Abfuhr zu erteilen.

SP Lachen-Altendorf



Bildlegende: SP-Kantonsrätin Elsbeth Anderegg Marty mit Gastreferentin Nina Hüsler (von links)